Deutscher Bundestag **Drucksache 15/2824**
15. Wahlperiode 30. 03. 2004

Antrag

der Abgeordneten Christian Schmidt (Fürth), Ulrich Adam, Ernst-Reinhard Beck (Reutlingen), Jürgen Herrmann, Volker Kauder, Julia Klöckner, Thomas Kossendey, Dr. Karl A. Lamers (Heidelberg), Barbara Lanzinger, Ursula Lietz, Dr. Gerd Müller, Hans Raidel, Helmut Rauber, Kurt J. Rossmanith, Anita Schäfer (Saalstadt), Bernd Siebert und der Fraktion der CDU/CSU

Für den Erhalt sicherheitsrelevanter Strukturen in der Bundeswehr

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Anschläge von Madrid haben uns schmerzhaft vor Augen geführt, dass der Terror Europa erreicht hat. In Deutschland müssen die Bevölkerung und die zuständigen Sicherheitsbehörden darauf vorbereitet sein, dass unser Land jederzeit Ziel von vergleichbaren terroristischen Anschlägen werden kann. Verantwortungsvolle Sicherheitspolitik muss zum Ziel haben, die Menschen auch in unserem Land umfassend vor den neuen Risiken und Gefahren zu schützen. Hierfür müssen effiziente Sicherheitsstrukturen erhalten und – wenn nötig – neu aufgebaut werden.

Mit den Verteidigungspolitischen Richtlinien hat der Bundesminister der Verteidigung bereits weitreichende Entscheidungen getroffen, die strukturelle Maßnahmen nach sich ziehen. Dabei hat er den Aspekt des Heimatschutzes aus Finanznot vernachlässigt und die Bundeswehr darauf ausgerichtet, eine Armee im Auslandseinsatz zu werden. Dies führt zu einer strategischen Sicherheitslücke.

Bei den zu schließenden Lücken und notwendigen strukturellen Veränderungen darf nicht ohne ein abgestimmtes Gesamtkonzept vorgegangen werden. Vor allem dürfen nicht durch die offensichtlich im Wesentlichen finanzpolitisch veranlassten Schließungen und Reduzierungen der Verteidigungsinfrastruktur in unserem Lande Tatsachen geschaffen werden, die dazu führen, das notwendiger Schutz nicht mehr gewährleistet werden kann.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

– unverzüglich ein Gesamtverteidigungskonzept vorzulegen und bis dahin nicht in bestehende Strukturen einzugreifen,

– die Reservelazarettorganisation der Bundeswehr nicht aufzulösen und den Ausverkauf des Materials umgehend zu stoppen,

– eine nachvollziehbare Bedarfs- und Vorsorgeplanung für die Bundeswehrkrankenhäuser vorzulegen,

– auf weitere Auflösungen nicht aktiver Truppenteile und die damit verbundene Ausplanung von Reservisten der Bundeswehr zu verzichten.

Berlin, den 30. März 2004

Christian Schmidt (Fürth)
Ulrich Adam
Ernst-Reinhard Beck (Reutlingen)
Jürgen Herrmann
Volker Kauder
Julia Klöckner
Thomas Kossendey
Dr. Karl A. Lamers (Heidelberg)
Barbara Lanzinger
Ursula Lietz
Dr. Gerd Müller
Hans Raidel
Helmut Rauber
Kurt J. Rossmanith
Anita Schäfer (Saalstadt)
Bernd Siebert
Dr. Angela Merkel, Michael Glos und Fraktion

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333